

# GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

*Zeitschrift für soziale Theorie und. Praxis*

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

1. JAHRGANG

OKTOBER 1950

HEFT 10

Viktor Agartz

## DIE LOHNPOLITIK DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN

### *Vorbemerkung*

*Im Mittelpunkt der von Dr. h. c. Hans Böckler eingeleiteten Kundgebung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 26. September in Düsseldorf stand der Vertrag von Dr. Viktor Agartz, dem Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, über „Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik“. Den folgenden Ausführungen von Dr. Viktor Agartz liegt das über die Lohn- und Preisfrage handelnde Mittelstück des programmatischen Vertrages zugrunde.*  
*Die Redaktion.*

In den schwierigsten Jahren nach dem Zusammenbruch, in den Zeiten der Reichsmarklöhne und des Lebensmittelmangels, als es noch zweckmäßig erschien, in betonter Zurückhaltung zu verharren, hat man die Rolle der Gewerkschaften geduldet und die sachliche Grundhaltung, insbesondere das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften, immer wieder anerkennend unterstrichen. Seit jedoch die unter Führung des Bundesarbeitsministeriums eingeleiteten Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht zunächst gescheitert sind, hat sich die Lage geändert. Zunehmend verstellt sich die Abwehr gegen die gewerkschaftlichen Forderungen, ja, man verzichtet bei dieser Aggressivität sogar bewußt auf eine sachliche Beweisführung. Mit großem geldlichen Aufwand soll die öffentliche Meinung, sollen Politiker und Parlamente beeindruckt und beeinflußt werden.

Solange das Mitbestimmungsrecht abgelehnt und daher nicht verwirklicht ist, hat sich damit auch für die Gewerkschaften eine neue, andere Lage ergeben. Es gibt keine Verantwortung ohne Rechte. Wenn bei Beginn des Bauarbeiter-Streiks die Bundesregierung in einer Pressekonferenz erklärte, daß niemand berechtigt sei, seine privaten Interessen über die der Allgemeinheit zu stellen, so bedauern wir, daß solche Ermahnungen immer dann kommen, wenn es sich um die Interessen der von den Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmerschaft handelt. Wenn nach der Geldreform Industrie und Handel nicht die geringsten Hemmungen hatten, die Marktlage für sich auszunutzen, so kann der Arbeitnehmerschaft nicht verwehrt werden, ihren Lohn den veränderten Verhältnissen anzupassen. Eine Tarifikündigung oder ein Streik ist nicht unvernünftiger als alles das, was wir bei der Geldreform mit der Einkommensverteilung und mit den Preisen erlebt haben. Man kann das eine nicht gutheißen und das andere ablehnen. Eine Marktlage auszunutzen, nun, das ist ein Grundelement der freien Wirtschaft, das auch derjenige anerkennen muß, gegen den es sich richtet.

Wie schon gesagt, kann eine Verantwortung nur da beansprucht werden, wo Rechte vorhanden sind. Wenn aber diese Rechte verweigert und abgelehnt

werden, engt sich damit gleichzeitig die Verantwortung ein. Die Verantwortung der Gewerkschaften erstreckt sich nach den Erfahrungen, die sie in der letzten Zeit machen mußten, daher in erster Linie auf die Interessen ihrer Mitglieder. Die Gewerkschaften müssen die höhere Verantwortung zunächst denen überlassen, die im Besitz der Rechte und der Macht sind. Unter diesem Gesichtswinkel bekommt die lohnpolitische Haltung der Gewerkschaften ihr besonderes Gesicht.

Auf Grund ihrer wirtschaftspolitischen Auffassung hat es die Bundesregierung Mitte des Jahres abgelehnt, Subventionen für Nahrungsmittel, insbesondere für Brotgetreide, aufrechtzuerhalten. Die Folge war ein Ansteigen der Preise für alle Erzeugnisse, die von dem Fortfall der Getreidesubventionen preislich betroffen wurden. Andere Nahrungsmittel, vor allem Fleisch, schlossen sich diesem Preisauftrieb an. Die Erklärungen der Bundesregierung und die von ihr wiederholt ausgesprochenen Ermahnungen wurden entweder nicht beachtet oder blieben wirkungslos. Von gewerkschaftlicher Seite war in diesen Tagen alles versucht worden, die Bundesregierung zu einer weiteren Stützung der Preise zu veranlassen. Aus Etatsgründen wurde das abgelehnt. In die gleiche Zeit fiel der Beginn des Koreakonfliktes. Man wird der Bundesregierung keinen Vorwurf machen können, wenn sie sich außerstande sah und heute außerstande sieht, die durch den Rüstungsboom auf dem Weltmarkt ausgelösten Preissteigerungen von sich aus zu verhindern.

Die Versuche der Gewerkschaften, das Preisniveau durch direkte Maßnahmen der Regierung zu halten, mußten fehlschlagen, weil die Regierung nicht gewillt ist, die Grundsätze ihrer Wirtschaftspolitik zu ändern. Damit waren die Gewerkschaften in jene Lage versetzt, von der aus sie in früheren Jahrzehnten jede Änderung des Realeinkommens betrachtet haben. Entgegen allen unsachlichen Pressemeldungen war es nie die Absicht der Gewerkschaften, eine allgemeine Aktion gegen jede Preisentwicklung zu unternehmen. Preise lassen sich nicht durch einen Generalstreik ändern. Die Gewerkschaften mußten aber auf Kampfweisen früherer Jahrzehnte zurückgreifen, die vielleicht heute reichlich altmodisch anmuten, aber darum nicht weniger richtig sind. Durch Aufkündigung von Lohntarifen mußte eine Änderung des Lohnes erreicht werden. Um auch in diesem Fall allen Mißverständnissen vorzubeugen, muß folgendes gesagt werden:

Es ist das verfassungsmäßige Recht jeder einzelnen Gewerkschaft - so war es in früheren Jahren und so ist es auch heute -, daß die Kompetenz in Lohnfragen allein bei den einzelnen Industrie-Gewerkschaften, nicht aber beim Gewerkschaftsbund liegt.

Eingehender begründet wird das lohnpolitische Verhalten mit der gewerkschaftlichen Ansicht zur allgemeinen wirtschaftspolitischen Lage. Westdeutschland hat in den letzten Jahren beachtliche wirtschaftliche Leistungen ausweisen. Schon in der Reichsmarkzeit wurden in reichlichem Maße Kriegsschäden mit Mitteln der Kompensation und zu Reichsmarktlöhnen ausgeglichen. Daß vom Produktionsapparat trotz aller Schäden und Eingriffe mehr übriggeblieben war, als angenommen wurde, beweisen die günstigen Bilanzumstellungen, zu denen später noch einiges zu sagen sein wird.

Immerhin lagen die deutschen Wirtschaftszahlen Mitte dieses Jahres trotz beachtlicher Fortschritte noch weit unter dem Durchschnitt der europäischen Länder. Setzt man das Jahr 1938 gleich 100, so beträgt

die Industrieproduktion	75 gegen 125 im übrigen Europa,
die industrielle Beschäftigung	107 gegen 116 im übrigen Europa,
die industrielle Produktivität	72 gegen 105 im übrigen Europa.

Das Zurückbleiben Westdeutschlands hat zum Teil strukturelle Gründe, die sich aus dem Kriegsergebnis, der Zonentrennung, Eingriffen der Besatzungsmächte, wie Demontagen und Restitutionsen, dem Flüchtlings- und Vertriebenenstrom u. a. ergeben haben. Ebenso schwerwiegend waren von selten der Besatzungsmächte angeordnete Produktionsbeschränkungen, die Zerschlagung der Bankenorganisation und der föderative Aufbau des Bundesgebietes, der kaum eine einheitliche Investitions- und Wirtschaftspolitik zuläßt.

Trotz des ungeheuren auch heute noch vorliegenden Nachholbedarfs in der gewerblichen Wirtschaft, den privaten Haushaltungen und des Wiederaufbaubedarfs von vier bis fünf Millionen Wohnungen, also trotz einer überreichlichen Fülle von Arbeitsmöglichkeiten, zählt die Bundesrepublik 10 v. H. an Erwerbslosen gegenüber 3,8 v. H. im übrigen Europa. Von der letzteren Zahl entfällt der Großteil auf Belgien und Italien, zwei Länder, auf die sich die Vertreter der liberalen Wirtschaftspolitik gern berufen.

Nach der Geldreform wurden die meisten Bewirtschaftungsmaßnahmen aufgehoben und Preissteigerungen dieser bisher gebundenen Erzeugnisse zugelassen. Die lange Zeit von den gehorteten Waren zurückgehaltenen Verbraucher drängten auf den Markt und ermöglichten damit den Warenhorthern die Ansammlung hoher Gewinne. Die Folge war eine Investition dieser Gewinne gerade dort, wo sie volkswirtschaftlich am wenigsten zu vertreten war. Ein Gang durch die Städte macht die Auswirkungen dieser Politik deutlich. Insbesondere entstanden an Stelle von Wohnungen andere, weniger dringliche Bauten, und die Bauten für Flüchtlinge fielen fast ganz aus. Gleichzeitig wurde im Verfolg dieser Politik dem Sozialprodukt eine andere warenmäßige Zusammensetzung gegeben, als es dem allgemeinen Interesse entsprach. Mit diesen Fehlinvestitionen ging eine unsoziale Verteilung der Einkommen einher, die in so krasser Form in der deutschen Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel sein dürfte. Nach neueren Erhebungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften ist die Lohnquote, bezogen auf den Nettoproduktionswert von 50 im Jahre 1936, auf 37 im Juni 1950 gefallen, während die Gewinnquote im gleichen Zeitraum von 50 auf 63 gestiegen ist. Bestätigt werden diese Zahlen nicht nur durch den Luxuskonsum gewisser Bevölkerungskreise, sondern vor allem durch die vorliegenden Investitionszahlen, über 20 Milliarden DM sind seit der Geldreform investiert worden, während das Sparkapital der kleinen Sparer bis heute 2 Milliarden, also ein Zehntel davon, beträgt. Der größere Teil der Investitionen wurde im Wege der Selbstfinanzierung mit Hilfe überhöhter Preise auf Kosten der Verbraucher durchgeführt.

Was in den letzten zwei Jahren an schneller Aufstockung von Vermögen möglich war, steht in krassem Gegensatz zur Not der Erwerbslosen und Flüchtlinge. Was wir täglich erleben, ist ein Drang nach rascher Bereicherung. Es ist das Horten der Reichsmarkzeit in anderer Form. Dabei wird diese Selbstfinanzierung in großzügigster Weise durch steuerliche Sondervorschriften unterstützt. Diese Politik verstärkt die Tendenz, die Sachwertbesitzer unter dem Vorwand, das produktive Kapital wiederherzustellen, noch reicher zu machen. Nach amtlichen Angaben sind 4,5 bis 5 Milliarden DM, wie auch das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften berechnet hat, durch Steuerhinterziehung in die Selbstfinanzierung geflossen. Wir erwarten, daß die steuerliche Prüfung ermittelt, welche Summen über Unkosten offen oder verdeckt verbucht wurden und was aktivierungspflichtig ist.

Wir wissen genau, daß der Aufbau nur mit Hilfe von Kapital durchgeführt werden kann. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Steuerverkürzungen – ob

legal oder illegal -, die den Aufbau finanzierten, in das Eigentum der Unternehmer übergehen. Diese Beträge sind lediglich als Darlehen zu behandeln. Die heutige Steuerpolitik begünstigt eine Häufung von Vermögen in den Händen Weniger mit allen Imponderabilien gesellschaftlicher Macht. Das Ergebnis dieser Politik mag an einem Beispiel deutlich gemacht werden. Wir haben bereits die günstigen Bilanzumstellungen, durchweg im Verhältnis 1:1, erwähnt. Wir wissen daß diese Umstellung in vielen Fällen durch Auflösung von Rücklagen und durch Höherbewertung des Anlagevermögens ermöglicht wurde. Immerhin bedeutet auch dieser Vorgang eine Aktienaufwertung in voller Höhe durch Ausschüttung von Reserven an den Anteilseigner, die sonst steuerpflichtig ist. Zahlt heute, wie es vielfach schon der Fall ist, ein Unternehmen eine Dividende von 5 v. H., so bedeutet dies 50 DM auf 1000 Mark. Hatte ein anderer 1000 RM auf einer Sparkasse liegen, so bezieht er heute bei einer Aufwertung von 6,5 v. H., also auf 65 DM, bei einem Zinssatz von 2,5 v. H. nur 1,45 DM. Hier liegen die Probleme des Lastenausgleichs, und wir sind der Meinung, daß die Differenz von 1,45 zu 50 DM Bestandteil des Lastenausgleichs werden muß.

Wie liegen nun demgegenüber die Verhältnisse auf der anderen Seite? Frühere Berechnungen gaben dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften Veranlassung, durch ein wissenschaftliches Spezialinstitut zehntausend Haushaltungen repräsentativ befragen zu lassen. Das vollständige Ergebnis dieser Befragung wird in Kürze der Öffentlichkeit übergeben werden. Man ist gerade auch im Gebiet des rheinisch-westfälischen Bezirks zu sehr geneigt, das Einkommen des arbeitenden Menschen vom Lohnverhältnis des Industriearbeiters her zu sehen. Daß man hierbei zu falschen Schlüssen kommt, zeigten unsere bisherigen Berechnungen und das Ergebnis der erwähnten Befragung. Im Bundesgebiet lagen im Monat Mai 1950 von 13,3 Millionen Beschäftigten 56 v. H. aller Arbeiter, Angestellten und Beamten unter einem Monatseinkommen von 250 DM. Diese erschütternde Zahl bedeutet, daß 7,5 Millionen Erwerbstätige ein berufliches Einkommen bezogen, das nahe am Existenzminimum liegt. Von den über 10 Millionen Rentenbeziehern, Sozialfürsorgeempfängern und Erwerbslosen stehen etwa 4 Millionen allein, das heißt ohne Beihilfe durch Verwandte. Sie sind also lediglich auf ihre Renten angewiesen. Es muß daher mit besonderer Betonung festgestellt werden, daß rund 12 Millionen Menschen im Monat brutto 250 DM und weniger beziehen. Das Nettoeinkommen wird im Höchstfall bei 220 DM liegen.

Ich möchte darauf verzichten, das Memorandum der Bundesregierung an die OEEC zu zitieren, obwohl manche Erklärungen in diesem Memorandum sehr aufschlußreich sind. Es kann aber gerade unter Hinweis auf dieses Memorandum folgendes gesagt werden: Wenn heute die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben ist und in Westdeutschland freie Konsumwahl besteht - ein Zustand, den die Gewerkschaften genau so begrüßen wie die Bundesregierung, wenn hierfür die ökonomischen Voraussetzungen gegeben sind -, so ist diese freie Konsumwahl zur Zeit nur dadurch möglich, daß über die Hälfte des deutschen Volkes durch ihr geringes Einkommen, insbesondere durch Erwerbslosenbezüge und Renten, von dieser freien Konsumwahl ausgeschlossen werden. Der in den Läden und Schaufenstern sichtbare Warenüberhang ist eine Fiktion und besteht nur für jenen Teil des Volkes, der auf Grund eines höheren Einkommens in der Lage ist, diese Waren kaufen zu können. Auf wie wankenden Füßen diese freie Konsumwahl steht, hat sich in diesen Tagen praktisch gezeigt. Eine erhöhte Nachfrage nach Zucker brachte dieses wichtige Nahrungsmittel sofort vom Markt. Mit einem anderen Teil von Gütern des täglichen Bedarfs liegt es im Grunde nicht anders. Wir können aber eine Wirtschaft nicht als sozial ansehen, wenn ein

Teil des Volkes nur darum frei konsumieren kann, weil ein anderer Teil ausgeschlossen wird. Noch immer hat Westdeutschland eine erhebliche Lücke in seiner Zahlungsbilanz, so daß der Verbrauch nicht allein durch echte wirtschaftliche Leistungen garantiert ist. Es ist uns durchaus verständlich, wenn alle Anstrengungen gemacht werden, um dieses Defizit zu beseitigen. Eine ausreichende Versorgung kann nur durch eine echte wirtschaftliche Exportleistung gesichert werden. Wir sind jedoch keineswegs der Meinung, daß eine Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren dem Ausland gegenüber allein dadurch garantiert werden könnte, daß Löhne und Gehälter möglichst niedrig bleiben.

Es muß angenommen werden, daß eine niedrige Lohnquote den Auffassungen der amtlichen Politik entspricht, weil nur auf dieser Grundlage eine Marktwirtschaft mit freier Konsumwahl möglich ist. Diese Auffassung wird nicht von den Gewerkschaften geteilt. Wir wissen, daß man die Verhältnisse eines Landes nicht ohne Vorbehalt auf andere Länder übertragen kann. Es wird aber häufiger darauf hingewiesen, und zwar mit vollem Recht, daß die Leistung des amerikanischen Arbeiters etwa vier bis fünfmal so hoch ist wie die Leistung eines deutschen Arbeiters. Dieser Leistungsunterschied, dazu noch bei einer Vierzigstundenwoche, liegt nicht darin begründet, daß die Einzelleistung des amerikanischen Arbeiters größer ist. Der amerikanische Unternehmer steht seit langem unter dem Druck hoher und steigender Löhne, der ihn zwingt, moderne Arbeitsmethoden anzuwenden. Das Anlagekapital hat daher in den USA eine größere Bedeutung als bei uns. Dieser Druck wird von seiten der gewerkschaftlichen Organisationen ständig aufrechterhalten, mit dem Ergebnis, daß die technische Ausrüstung der amerikanischen Wirtschaft, die Rationalisierung des Produktionsprozesses und die betriebliche Organisation an der Spitze aller Länder steht. Allein hierin liegt der hohe Leistungsgrad des amerikanischen Arbeiters begründet.

Jedermann weiß, daß in Westdeutschland die technische Apparatur überaltert und rückständig ist. Wenn Westdeutschland, auf längere Sicht gesehen, wettbewerbsfähig bleiben will, müssen die deutschen Unternehmungen gleichfalls unter diesen Zwang zur Rationalisierung und Modernisierung gesetzt werden. Ein solcher Zwang hätte zudem den Vorteil, daß die immer noch stark zurückgebliebene Produktionsgüterindustrie den Auftrieb erhält, der besonders für den Export notwendig ist und der zu einer Mehrbeschäftigung in diesem Sektor führen würde. Sicherlich wird man entgegenhalten, daß zur Rationalisierung und Modernisierung des Produktionsprozesses Kapital benötigt wird. Wenn man sich nicht darauf beschränkt, Gegenwertmittel der Marshallplanhilfe, also nur etwa 6 v. H. aller Investitionen, zu lockern und die übrigen 94 v. H. in die Steuerung einbezüge, wenn man die Steuerpolitik modernisiert und den Betrieben auferlegt, nach einem betriebswirtschaftlichen Finanzplan zu arbeiten, ließe sich unendlich viel erreichen. Maßnahmen zur überbetrieblichen Organisation wären gleichfalls dringend erforderlich. Aus Pressemeldungen war zu ersehen, daß die an sich glanzvolle Rundfunkausstellung in Düsseldorf 250 Empfängertypen zeigte, bei einer Einwohnerschaft der Bundesrepublik von 48 Millionen. Nach Angaben aus den USA werden dort 48 Rundfunktypen bei 150 Millionen Einwohnern gebaut. Man kann solche Beispiele beliebig vermehren. So erzeugt Westdeutschland 40 Traktorentypen, während man in den USA bei wesentlich größeren Anbauflächen nur 12 Typen baut. Allerdings ist eine solche Ordnung nicht allein mit den Prinzipien einer Marktwirtschaft durchzusetzen.

Die Gewerkschaften stehen zu ordnenden Maßnahmen des Marktes ohne Dogmatik, vor allem ohne Weltanschauung. Wir sehen von notwendigen Bindungen bis zur Konkurrenz ein Gefälle, angefangen bei den Grundstoffen, mit

starker Bindung bis zur Konkurrenz in den meisten Bezirken der Konsumgüter.

Durch die systematische Lohnpolitik der Gewerkschaften soll auch der Druck zur Modernisierung der deutschen Wirtschaft und damit zu einer größeren wirtschaftlichen Leistung intensiviert werden.

Deshalb ist die Behauptung falsch, höhere Löhne führten zu höheren Preisen. Die Ausweichmöglichkeiten über die Sachkosten sind in Westdeutschland riesengroß. Während der Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht ist immer wieder die unternehmerische Initiative als der Angelpunkt der betrieblichen Leistung gepriesen worden. Wir nehmen nicht an, daß der deutsche Unternehmer lediglich eine Rente beziehen will, die man über den Lohn auf gleicher Höhe halt. Durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik geben wir eine Chance, unter Beweis zu stellen, was Unternehmergebung und Unternehmerinitiative vermag. Die Exportpreissenkung geht daher nicht über den Lohn, sondern über den durch Sachkosten gesenkten Preis.

Und noch ein letzter Gesichtspunkt dürfte die künftige gewerkschaftliche Lohnpolitik bestimmen. Die Bundesregierung und auch die Arbeitgeberverbände haben es abgelehnt, den Reallohn preispolitisch aufrechtzuerhalten. Es muß jetzt Sache der gewerkschaftlichen Lohnpolitik für die Zukunft sein, diese Preispolitik zu einem erheblichen Teil in ihre Hände zu nehmen. Die Lohnpolitik muß künftig so geführt werden, daß jede wirtschaftliche Branche weiß; einer beabsichtigten Preiserhöhung folgt automatisch eine Tarifikündigung. Auch insofern werden die deutschen Gewerkschaften Methoden übernehmen, die man in Amerika mit vollem Erfolg angewandt hat, in einem Lande also, das uns stets als Vorbild genannt wird.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die deutsche Zahlungsbilanz noch ein erhebliches Defizit aufweist. Sofern es durch die gegenwärtigen besonderen Umstände des Rüstungsbooms gelingt, dieses Defizit zu verkleinern oder sogar ganz zu beseitigen, ist vom Gesichtspunkt einer aktiven Wirtschaftspolitik daran zu denken, daß diese Verbesserung der Zahlungsbilanz nicht aus einer gesunden Gesamtstruktur der Wirtschaft erwachsen ist. Bei einem Rückgang oder gar Aufhören der Rüstungsproduktion können wieder Verhältnisse eintreten, die schwerwiegende Rückwirkungen auf den deutschen Verbrauch und damit auf die deutsche Produktion haben müssen. Die deutsche Erwerbslosenziffer, die im Februar 1950 die 2-Millionengrenze erreichte, ist zwar auf 1,3 Millionen zurückgegangen. Die eingetretene Konjunkturbesserung und die günstigere Exportlage haben diese Entwicklung herbeigeführt. Die Abnahme der Erwerbslosen beschränkt sich jedoch vorwiegend auf die konjunktur- und saisonbedingte Erwerbslosigkeit. Die strukturelle Arbeitslosenzahl ist im Vergleich zum Februar 1950 fast unverändert geblieben. Es ist den Gewerkschaften nicht verständlich, warum sich die Bundesregierung angesichts der zeitlich bedingten, besseren Konjunkturlage in einem falschen Optimismus wiegt. Das von der Regierung angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm ist so stark in den Hintergrund getreten, daß man es in der Öffentlichkeit vergessen machen möchte. Die Besonderheit der gegenwärtigen Konjunktur macht aber die Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms aus Sicherheitsgründen zu einer dringenden Notwendigkeit. Die Mittel für Investitionszwecke oder für die Finanzierung des Exportes werden häufig nur sehr zögernd in Anspruch genommen. Dies beweist, daß die Bewilligung und Bereitstellung von Krediten allein noch keine Arbeitsbeschaffung bedeutet. Zu einer Arbeitsbeschaffung gehören Unternehmungen, die fähig und auch gewillt sind, sich zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu verschulden. Es kann jedoch festgestellt werden, daß oft die rentabelsten und besten Unternehmungen sich am wenigsten bemühen, eine solche Verschuldung zu über-

nehmen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung will nur helfen, eine Arbeitsbeschaffung zu finanzieren. Die Regierung hat aber anscheinend nicht den Willen, diese Arbeitsbeschaffung selbst aktiv zu betreiben.

Aus den angedeuteten Gründen erwarten wir, daß trotz der augenblicklichen konjunkturellen Besserung das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu einem Bestandteil der deutschen Wirtschaftspolitik wird, um gerade die strukturelle Arbeitslosigkeit systematisch zu vermindern. Der Bundeswirtschaftsminister hat in einer Rundfunkrede mahnende Worte an Arbeitnehmer und Unternehmer gerichtet. Er verteidigte seine Wirtschaftspolitik und stellte ihr eine Zwangsbewirtschaftung mit Amtern und Karten gegenüber. Trotz seines Einflusses auf die öffentliche Meinung glauben wir nicht, daß diesen Ermahnungen ein Erfolg beschieden sein wird. Ermahnungen sind häufig ergangen, und wir müssen leider erkennen, daß selbst päpstliche Enzykliken, Leos XIII. „Rerum novarum“ und Pius XI. „Quadragesimo anno“, auf die christlichsten Unternehmer ohne spürbare Wirkung geblieben sind. Wir bedauern die agitatorische Gegenüberstellung seiner Auffassungen zu einem Rationierungssystem mit Karten und Bezugscheinen. Jedermann weiß, daß eine Zwangsbewirtschaftung nicht das System einer Wirtschaftspolitik ist. Alle Länder waren ohne Rücksicht auf das in ihnen herrschende Wirtschaftssystem während des Krieges gezwungen, Mangelerscheinungen durch Rationierung auszugleichen. Der Wirtschaftsminister sagte jedoch mehr. Falls seinen Ermahnungen nicht Folge geleistet würde, beabsichtige er, durch Einkauf von Leder, durch Maßnahmen weitergehender Liberalisierung auf die innerdeutschen Marktverhältnisse einzuwirken, um dem Preisauftrieb entgegenzutreten. Danach dürfte der Unterschied in der gewerkschaftlichen und amtlichen Auffassung über Wirtschaftspolitik darin zu suchen sein, daß die amtliche Politik Maßnahmen der angekündigten Art als Strafandrohung ansieht, während wir sie als Bestandteil einer aktiven Wirtschaftspolitik sehen möchten. Wir sind der Ansicht:

- a) daß ohne Lenkung und Steuerung der Investitionen keine Wirtschaftsstruktur geschaffen werden kann, die den Bedürfnissen des ganzen Volkes entspricht;
- b) daß die völlig veränderte Lage des Weltmarktes zu anderen Exporten zwingt, als wir sie früher gewohnt waren. Der Aufbau neuer Industrien hat dieser veränderten Lage Rechnung zu tragen;
- c) daß dieser Industriepolitik der Wohnungsbau entsprechen muß, da die Wohnungsbaupolitik mit industriellen Schwerpunkten gekoppelt sein sollte.

Wir nennen unsere Auffassung „wirtschaftliche Planung“ oder „geplante Wirtschaft“. Mit Fragen der Planung und der Freiheit des Individuums befaßte sich in diesem Monat der Weltkongreß für Soziologie in Zürich, auf dem eine erfreuliche Übereinstimmung der internationalen Wissenschaft festgestellt werden konnte. Der Amsterdamer Gelehrte Prof. Barents, der das Hauptreferat hielt, sagte, daß man eine demokratische Planung nicht als einen mittleren Weg zwischen dem „Laissez-faire“ und der „totalen Planwirtschaft“ bezeichnen dürfe, sondern vielmehr als einen „Trend“, als ein Fortschreiten der Gesellschaft in der planmäßigen Organisierung des sozialen Zusammenlebens der Menschen.

Man sollte endlich dazu übergehen, diese Fragen mit sachlich-wissenschaftlichem Ernst zu behandeln und sie aus der Sphäre demagogischer Agitation herauszunehmen. Bei der Erörterung dieser Probleme steht mehr auf dem Spiele als irgendwelche Mandate. Es geht um die Existenz von Millionen deutscher Volksgenossen.